

Global Media Journal

German Edition

Vol. 6, No.1, Spring/Summer 2016

URN:nbn:de:gbv:547-201600309

Essay:

***Compassion Fatigue* der Medien? Warum der deutsche „Flüchtlingssommer“ so rasch wieder verging**

Kai Hafez

Abstract: Große deutsche Massenmedien haben im Frühjahr 2015 einen hilfsbereiteren Umgang der deutschen Regierung mit Flüchtlingen begünstigt, sie waren und sind aber auch mitverantwortlich für die negative Wende im öffentlichen Diskurs seit dem Herbst desselben Jahres. Die parallel verlaufenden Umbrüche des öffentlichen Meinungsklimas legen die Annahme einer starken aktiven Rolle und Wirkung von Medien nahe. Umso bedeutsamer erscheint die Suche nach Ursachen nicht nur für die advokative Rolle der Medien, sondern auch für deren plötzliche „Mitleidsmüdigkeit“. Populistische Neigungen, unklare Blattlinien und ein fehlender Konsens eines „Humanitätsjournalismus“ gehören zu den treibenden Kräften einer oft unrealistischen Krisenwahrnehmung, die nicht zuletzt den Rechtspopulismus begünstigt. Deutlich wird allerdings auch das Zerfallen eines Konsenses im politischen Machtzentrum des deutschen Regierungslagers, vor dessen Hintergrund sich die starke Medienwirkung erst entfalten konnte. Ein humanitärer Grundkonsens fehlt also auch hier.

Keywords: Flüchtlinge, Flüchtlingskrise, Deutschland, Massenmedien, Journalismus, Berichterstattung

Deutschland erlebte im Jahr 2015 und anhaltend in 2016 erhebliche Turbulenzen der öffentlichen Meinung über die sogenannte „Flüchtlingskrise“, die eng verbunden waren mit der medialen Aufarbeitung der Flüchtlingsbewegungen. Zwar existiert noch keine vollständig abgesicherte wissenschaftliche Basis, aber aus den vorhandenen Versatzstücken empirischer Forschung sowie aus dem Meinungsbild verschiedener Tagungen unter Beteiligung führender deutscher Journalisten und Kommunikationswissenschaftler zeichnet sich doch ein zunehmend klares Bild ab. Demnach scheint sich zu bestätigen, was Lilie Chouliaraki (2006) von der London School of Economics and Political Science (LSE) schon vor Jahren in ihrem Werk „Spectatorship of Suffering“ konstatiert hat, dass nämlich eine Mitleidsmüdigkeit, eine sogenannte „Compassion Fatigue“, keineswegs der naturgegebenen Kurzatmigkeit der Öffentlichkeit geschuldet sei, die sich auch bei

noch so großem Leid nach kurzer Zeit erlahmend von jeder Katastrophe wieder abwende. Prägend für die öffentliche Stimmung sei vielmehr, so Chouliaraki, die Art der medialen Narration. Sie entscheide vor allem über die empfundene und artikulierte Solidarität in einer Gesellschaft. Die deutsche Wahrnehmung der Flüchtlingskrise entsprach dieser Grundregel geradezu lehrbuchartig. Sowohl die euphorische Stimmung des „Flüchtlingssommers“ 2015 als auch die depressive Laune seit dem Herbst desselben Jahres scheinen eng mit den medialen Diskursverschiebungen zusammenzuhängen.

Unabhängig davon, ob man hier von einer starken Wirkung der Medienagenda oder von Wechselwirkungen zwischen Medien und Publikumsagenda ausgeht, hat diese Beobachtung erhebliche Konsequenzen für unser Verständnis derartiger Ereignisse. Die intuitive Annahme nämlich, es sei ein Teil der deutschen Bevölkerung gewesen, der – „genervt“ von zu vielen Flüchtlingen – in Scharen zur AfD abwanderte, wird durch die zentrale Rolle der Medien relativiert. Mit ihrer negativen Wende, manifestiert mit dem Höhepunkt der Berichterstattung über die Silvesternacht in Köln 2015/16, hätten vielmehr die großen deutschen Medien den Stimmungsumschwung eingeleitet oder zumindest begünstigt und die bis dahin liberale deutsche Flüchtlingspolitik gefährdet, so die Annahme. Haben am Ende nicht die Menschen die Medien, sondern auch die Medien die Menschen umgepolt, indem sie die positive Resonanz auf die „Flüchtlingskrise“ in ihr Gegenteil verwandelt haben?

Ähnlich wie im Bereich des Kriegs- und Friedensjournalismus besteht kein ethischer Konsens bei Menschenrechtsfragen. Die redaktionellen Grundausrichtungen sind häufig unklar und es existiert ein Hang zu verkaufsträchtigem Populismus. Tatsächlich aber wird man den Verhältnissen wohl nicht gerecht, wenn man nicht einen dritten Faktor hinzuzieht: Das Verhalten der politischen Eliten. Der zunehmend aufbrechende politische Konsens der Regierungsparteien war das Zünglein an der Waage einer instabilen Balance der Öffentlichkeit zwischen Bevölkerung, Medien und Politik.

Die „Flüchtlingskrise“ in den deutschen Massenmedien: Diskursive Schwankungen, fehlender Konsens

Es ist eine Binsenweisheit, dass mediale Debatten zeitgenössischen Schwankungen unterliegen. Schwerpunkte der Themensetzung und des Framings sowie der Sprach- und Bildgebungen können sich im Laufe der Zeit verändern. Für die deutsche und weite Teile der europäischen Migrations- und Asylberichterstattung galt lange Zeit, dass sie erstaunlich kontinuierlich die negative Seite der Massenzuwanderung betonte: „Asylanten“ als Last, bestenfalls als Verpflichtung (Ter Wal, 2002). Spätestens seit den 1990er Jahren ist bekannt, dass deutsche Massenmedien eine brandstiftende oder zumindest brandverstärkende Wirkung auf Übergriffe auf Asylantenheime haben können (Esser, Scheufele & Brosius,

2002). Medien schienen bei dieser Thematik lange Zeit hochgradig abhängig von sozialen Akteuren wie der Politik oder auch von „sozialen Bewegungen“ wie Rechtsradikalen und Rechtspopulisten zu sein, auf die sie bestenfalls reagierten.

Bis zum Frühjahr 2015: Es war am 18. April 2015, als ein Boot zu viel auf dem Mittelmeer kenterte. Nachdem man lange Zeit kleinere Todeszahlen als nachgeordnete Nachrichten behandelt hatte, war das Drama an jenem Tag mit ca. 700 gestorbenen Flüchtlingen eine Katastrophe zu viel. Medien wie die *Süddeutsche Zeitung* begannen umzusteuern und zwar mit Nachdruck. Überschriften wie „Wie die EU Flüchtlinge tötet“ von Heribert Prantl und Sätze wie „Einer EU, die dem Sterben zuschaut, sollte der Nobelpreis weggenommen werden“ sprachen eine deutliche Sprache (Prantl, 2015). Die Medien begannen die Politik vor sich herzutreiben und eine geradezu vorbildliche humanitäre Berichterstattung auf die Beine zu stellen, die plötzlich alle Kriterien erfüllte, die Lilie Chouliaraki als notwendige Qualität zur Mobilisierung der Menschen beschrieben hatte. Einflussreiche Medienorgane legten eine lehrbuchartige Wende im Rahmen ihrer Flüchtlingsberichterstattung hin.

Chouliaraki hatte gefordert, dass nicht das dehumanisierte Bild einer anonymen Masse von Flüchtlingen dominieren dürfe, sondern dass individuelle Leidensgeschichten erzählt werden müssten, die Nähe erzeugten. Während vor der April-Katastrophe Bilder randvoller Flüchtlingsboote, die über das Meer geschmuggelt wurden, dominierten, die mit ihren anonymen Menschenmassen neben Mitleid auch Ängste vor Überforderung der deutschen Bevölkerung hervorgerufen hatten (Hafez, 2015), konnte man jetzt biografische Bilder und Porträts von einzelnen Flüchtlingen finden, deren Einzelschicksale akribisch dokumentiert wurden. Während das sogenannte „Othering“ Empathie verhindert hatte, erzeugte das neue Hervorkehren des Menschlichen eine Mitleidswelle, die sich auf weite Teile des Landes ausdehnte. Intervenierende Variablen wie politische Einstellungen verhinderten natürlich auch damals die Entstehung einer homogenen Öffentlichkeit. Aber ein großer Teil der deutschen Bevölkerung, der nicht ideologisch festgelegt war, ließ sich mitreißen. Vielleicht hat man diese Medienwende im Frühjahr 2015 bislang zu wenig gewürdigt: Lange bevor Angela Merkel ihr „Wir schaffen das!“ sprach, hatten große deutsche Massenmedien das Heft des Handelns in die Hand genommen und ihrerseits die zögerliche Europäische Union einschließlich der deutschen Bundesregierung mobilisiert.

Ein zweites wichtiges Kriterium für eine unterstützende Narration ist die Konstruktion von Nähe zwischen der deutschen Bevölkerung und den Flüchtlingen, um Handlung zu aktivieren. Nähe entsteht prinzipiell auf zwei Wegen: Indem sich der Einzelne, obgleich nicht beteiligt an einer Situation, per Analogie in eine Problematik hinein versetzt oder indem Repräsentanten der Wir-Gruppe tatsächlich präsent sind und die Identifikation ermöglichen. Und letzteres geschah dann auch: Die große Solidarität in Deutschland entstand, als Menschen in den Medien andere Menschen dabei beobachteten, wie sie halfen. Die Politik, die

Kanzlerin, ihr Appell an das Verantwortungsgefühl waren bedeutsam, aber ebenso wichtig war die Ko-orientierung an den anderen zahllosen zivilen Helfern, die aktiv zur Bewältigung der Lage beitrugen. Die Medien boten Identifikationsmöglichkeiten an.

In welche Richtungen Aktivitäten allerdings gelenkt werden, hängt vom Framing eines Ereignisses ab und nicht zuletzt davon, welche Vorstellungen zu den Entstehungsursachen wie auch zu den Bewältigungsmöglichkeiten einer Krise verbreitet werden. Chouliaraki argumentiert, dass die Beschreibung von Katastrophen als singulär und zufällig oder als menschengemacht und politisch motiviert von erheblichem Einfluss ist. Auch wenn diese Hypothese empirisch nicht hinreichend belegt ist, konnte man den Eindruck gewinnen, dass in der deutschen Medienberichterstattung die Flüchtlingskrise vor allen Dingen als eine humanitäre Katastrophe wahrgenommen wurde und dass politische Verantwortung, wenn überhaupt, vor allem den Bürgerkriegen in Syrien und dem politischen Handeln von Akteuren wie dem IS zugeschrieben wurde. Nur selten wurde die internationale Politik als Mitverursacher ausgemacht. Und das, obwohl weder die Entstehung des IS ohne den vor allem von den USA betriebenen Krieg gegen den Irak 2003 zu erklären ist, noch der Syrienkonflikt ohne die aktive Einmischung der Großmächte in Form von Waffenlieferungen, Flugangriffen und mangelnder humanitärer Hilfeleistung. Auch die noch immer verbreitete Unterscheidung zwischen politischen und wirtschaftlichen Flüchtlingen, die in den Medien vorherrscht, ist wissenschaftlich längst obsolet. Gerade in scheinbar befriedeten Nachkriegsgesellschaften wie Afghanistan und Kongo entstehen Flüchtlingsbewegungen, da in diesen Ländern häufig eine langfristige ökonomische Perspektivlosigkeit in Folge der Kriegsnachwirkungen herrscht (Haass, Kurtenbach & Strasheim, 2016). Diese Zusammenhänge allerdings werden, so zumindest mein subjektiver Eindruck, in den Medien zu wenig berücksichtigt.

Wenn dem so ist, so war in der Willkommenskultur des „Flüchtlingsommers“ wohl auch schon die „Wende in der Wende“ angelegt, die nun bald folgen sollte. Spätestens im Herbst 2015 begann eine negative Sicht der Flüchtlingsfrage in den deutschen Massenmedien Oberhand zu gewinnen. In einem Interview der Boulevardzeitung BILD mit Kanzlerin Merkel im Oktober etwa war nicht nur von Sorgen und Ängsten der Bürger die Rede, sondern in dramatisierender Form auch von „kapitulierenden“ Bürgermeistern und einem „zusammenbrechenden“ Deutschland (Diekmann, Ronzheimer & Kausch, 2015). Deutsche Schulkinder, so wurde behauptet, hätten keinen Raum mehr, um Sport zu betreiben, da Sporthallen zu Notunterkünften umfunktioniert wurden. Rentnern, so wurde suggeriert, zahle man keine Physiotherapie mehr, weil Flüchtlinge finanziell überversorgt würden. Auch wenn die Kanzlerin im Interview Platz zur Entkräftung bekam: Die Agenda der Überforderung Deutschlands wurde geadelt und der Journalismus trat als Anwalt einer zum Teil absurd überzogenen Fehlwahrnehmung und Kontextualisierung der Verhältnisse auf, in der Flüchtlinge für so

gut wie alles in der Gesellschaft verantwortlich gemacht wurden.

Der vorläufige Höhepunkt dieser Form der Berichterstattung, die Silvesternacht in Köln, ist bekannt: Marodierende Nordafrikaner und eine, bis in liberale Medien wie *Die Zeit* reichende, Stigmatisierung des „arabischen Mannes“ (Ulrich, 2016): Nicht über einzelne Vorfälle wurde berichtet, sondern eine generalisierende Verbindung zum Thema Flüchtlinge stand im Raum. Die noch im Sommer vorherrschende kurzzeitige Empathie für Geflüchtete in den Medien fiel zurück in den traditionellen Problemdiskurs von Kriminalität, Integrationsproblemen und unüberbrückbaren kulturellen Differenzen. Parallel dazu verschlechterten sich die Unterstützungswerte für Angela Merkels bis dahin generöse Flüchtlingspolitik, bis sie schließlich die mehrheitliche Zustimmung verlor und anschließend selbst die Politik der Offenheit quasi aufgab. Festzuhalten bleibt aber vor allem eines: Die Medienwende ging der politischen Wende der Exekutive voraus.

Während diese Phasen der Flüchtlingsberichterstattung 2015/16 bei allen empirischen Engpässen generell nicht sehr umstritten sein dürften, sind die Gründe für die Diskursschwankungen noch nicht hinreichend freigelegt worden. Maximilian Popp von *Der Spiegel* hat den depressiven und populistischen „Flüchtlingsherbst“ der Massenmedien als eine unheilvolle Neigung des Journalismus beschrieben, seine eigenen Narrationen wieder zu zerstören (Deutsch-Türkisches Medienseminar, 2016) – also als eine Art sensationalistischen Ur-Reflex der Medien. Für diese Wahrnehmung spricht, dass die diskursiven Bewegungen, wenn auch mit Nuancen, richtungsübergreifend im gesamten Medienspektrum stattfanden: Zumindest vom konservativen bis ins liberale Zeitungssegment mag die Wende vom „Flüchtlingsommer“ zum „Flüchtlingsherbst“ in ähnlicher Weise vollzogen worden sein. Dies scheint tatsächlich weniger für weltanschauliche Blattlinien zu sprechen wie ehemals im Links/Rechts-Schema der Medien, sondern eher für eine starke Orientierung an verkaufsträchtigen Marktstimmungen und für eine Überbetonung innerjournalistischer Meinungsführerschaften, die, wie sich nun zeigte, tatsächlich in hohem Maße vom Boulevardsektor beeinflusst wurden. Für diesen „Abschreibejournalismus“ sprechen persönliche Bemerkungen mancher Redakteure großer Medien, man käme an Themen wie der Silvesternacht – wie früher schon an Thilo Sarrazin – einfach nicht vorbei. Der Rest ist bekannt: Eine wachsende Abneigung in der deutschen öffentlichen Meinung gegen Flüchtlinge bis hin zu einer schier unfassbaren Zahl von gewaltsamen Übergriffen auf deutsche Flüchtlingsheime und auf Ausländer, die keineswegs nur das Werk organisierter rechtsextremer Kreise sind, sondern Übersprunghandlungen einer aufgeheizten Öffentlichkeit.

Man kann an dieser Stelle nur an alle Beteiligten appellieren, ethische Standards des Journalismus neu zu diskutieren. Ethische Vorgaben wie der deutsche Presskodex, wonach Rassismus verboten ist, reichen nicht mehr aus, wenn Negativ-Agenden der Medien nicht als Teilproblem dieser Materie wahrgenommen werden (Hafez, 2013, S. 214ff.). Nicht nur explizite verbale

Abwertungen, sondern bereits die thematische Kontextualisierung von Migranten und Flüchtlingen in einem verengten Problemkorsett fördern fremdenfeindliche Stimmungen und bedienen einen virulenten Rechtspopulismus, der Europa wie auch die USA mehr und mehr heimsucht. Was fehlt, ist ein Konsens über die Grundwerte des Journalismus, der über die handwerklichen Kriterien einer guten und objektiven Berichterstattung hinausgeht. Ähnlich wie im Bereich von Krieg und Frieden, wo seit vielen Jahren das Modell des Friedensjournalismus erörtert wird, benötigen wir zum Schutz von Minderheiten einen „Humanitätsjournalismus“, der, ähnlich wie im Konzept des Friedensjournalismus gefordert, ein Friedensklima schafft, statt als Resonanzboden für Kulturkämpfe zu fungieren.

Die Mitverantwortung der Politik: Agenda-Setting, Agenda-Building

Wir können davon ausgehen, dass in der trilateralen Konstellation von Medien, Bevölkerung und politischem System alle Kräfte stets aktiv wie auch reaktiv handeln. Ebenso wenig wie die Bevölkerung ein leeres Blatt ist und wie man dem Rezipienten Meinungen und Haltungen beliebig einschreiben kann, so sind auch Massenmedien nicht nur unschuldige Akteure oder neutrale Mediatoren, eingeklemmt zwischen den Kraftpolen der politischen Kommunikation in „Staat“ und „Gesellschaft“. Im Rahmen ihrer Autonomie handeln sie immer auch eigenständig. Der Stimmungswechsel in der Flüchtlingsfrage entspringt daher auch ihrer Eigenverantwortung. Dennoch wäre es unfair, den Medien und ihrer inneren Neigung zum Sensationalismus die gesamte Bürde für das abrupte Ende des „Flüchtlingsommers“ und für den Aufschwung einer rechtspopulistischen Bewegung im Kleid von AfD, Pegida, Legida, Thügida, HoGeSa, Pro-Bewegungen und dergleichen auferlegen zu wollen. Deutschland hat auf die Flüchtlingsfrage nicht nur mit Hilfsbereitschaft und einem für Europa vorbildlichen Idealismus, sondern ebenso mit fremdenfeindlicher Gewalt und der Hervorbringung einer rechtspopulistischen Politik reagiert, die so schnell nicht wieder verschwinden dürfte. Bei der Frage der Flüchtlinge ist Deutschland also erneut geteilt.

Wie konnte das geschehen? Klar ist, dass viele der Anlagen der heutigen ablehnenden Haltung gegenüber Flüchtlingen und einer liberalen Flüchtlingspolitik, wie sie Angela Merkel einst verfolgte, älteren Datums sind. Islamfeindlichkeit gibt es in Deutschland demoskopisch nachgewiesen bereits seit Jahrzehnten (Hafez & Schmidt, 2015). Auch Pegida und die AfD sind älter als die „Flüchtlingskrise“ und bedienen sich dieser lediglich als Katalysator. Dennoch wäre die These, dass die positive Medienresonanz des „Flüchtlingsommers“ einfach unter dem Druck der latenten Demoskopie und einem sich ihr beugenden Medienpopulismus zusammenbrechen musste, zu vereinfachend.

Zum Zünglein an der Waage wurde aus meiner Sicht ein anderer Faktor: Der zerfallende Konsens innerhalb des politischen Systems und der Exekutive. Trieben die Medien im Frühjahr 2015 noch Politik und Regierung vor sich her und

forderten massiv eine positive Wende in der Flüchtlingsfrage, so begünstigte insbesondere das Abrücken der CSU in Gestalt Horst Seehofers von der Politik Merkels den sichtbaren Zerfall des politischen Zentrums in dieser Frage. Es ist eine alte Lehre – etwa von Piers Robinson im Rahmen des CNN-Effektes anhand humanitärer Interventionen der USA dokumentiert – dass starke Medienwirkungen sich vor allem vor dem Hintergrund eines politischen Vakuums entfalten, das entweder durch fehlende oder zerstrittene Politik entsteht (Robinson, 2002). Die Medien hatten, so meine Wahrnehmung, eine starke Wirkung auf eine positive Formulierung der Flüchtlingspolitik zu einem Zeitpunkt, als die Politik noch weitgehend passiv war. Zusammen mit der neuformulierten Politik der Großen Koalition konnten die Medien im Sommer 2015 in Deutschland vielfältige Empathie hervorrufen. Dieses Bündnis aber zerfiel mit den immer notorischeren Zwischenrufen von Seehofer und anderen rechtskonservativen Politikern der CDU/CSU, die ein Ende der liberalen Flüchtlingspolitik forderten. Der innerparteiliche Streit in Reihen der CDU/CSU wurde – begünstigt durch eine Reihe von Landtagswahlen – derart deutlich inszeniert (Seehofer ließ Merkel auf einem CSU-Parteitag einfach auf dem Podium stehen), dass es einem Putschversuch sehr nahe kam. Medien wie BILD haben mit ihrem Überlastungs-, Kriminalitäts- und Überfremdungsdiskurs seit dem Herbst 2015 im Grunde die gleichen Motive bedient, die in diesem Teil des politischen Spektrums im Laufe des Jahres 2015 immer lauter artikuliert wurden. Hinter den Agenda-Settern der Medien standen also eindeutig die Agenda-Builder in den politischen Führungsetagen. Zu der verheerenden Neigung des Journalismus, seine Narrationen sensationsgerecht zu konterkarieren, kam also der sich anbahnende Politikwechsel im konservativen Lager.

Dass Medien in dieser Situation nicht standhielten und zum Resonanzboden dieser innerparteilichen Kämpfe wurden, ist ein weiterer Beleg für einen fehlenden humanitären Konsens nicht nur bei den Medien, sondern auch in den Reihen der Politik. Konservative Politiker griffen immer wieder die leidige Debatte auf, ob der Islam denn nun zu Deutschland gehöre und relativierten dies nach Kräften. Gerade die rechtskonservative Politik bediente sich zudem der kurzatmigen Suche nach Ursachen der Massenflucht und nutzte immer wieder Narrative, die von den Medien aufgenommen wurden und die die Bevölkerung nur verwirren konnten. Wenn zum Beispiel der deutsche Innenminister Thomas de Maizière mit Unverständnis auf afghanische Geflüchtete reagierte und sie dazu aufforderte, in ihr Land zurückzukehren (Haass et al., S. 7), dann war das eine bestenfalls naive Einschätzung der Situation eines Landes, das nicht nur durch eigenes Verschulden, sondern auch durch sich wiederholende Invasionen und Kriege der Großmächte USA und Russland, unter Beteiligung Deutschlands, von einem ehemals stabilen Land zu einem von Warlords beherrschten „failed state“ verwandelt worden ist, der ganzen Generationen die Lebensgrundlage entzieht.

Man muss sicher darüber nachdenken, ob ein humanitärer Konsens der Politik, der Vorsicht gegenüber Minderheiten und Geflüchteten walten ließe, die Kultur

einer übertriebenen politischen Korrektheit fördern würde, die gerade und ganz besonders dazu geeignet wäre, rechtspopulistische Protestbewegungen zu befeuern. Dennoch scheinen mir die Grenzen zwischen legitimer Kritik und Feindlichkeit nicht klar genug demarkiert zu sein. „Der Ausländer“ sollte keine Kategorie der Kriminalitätsbekämpfung sein, „der Islam“ ist kein Gegensatz zur hiesigen Kultur und „die Flüchtlinge“ dürfen nicht einmal in die Nähe von Problemen gerückt werden, mit denen sie nichts zu tun haben: Kürzungen in den Sozialsystemen und andere Strukturprobleme der hiesigen Politik und Gesellschaft. Weder für die Politik noch für die Medien kann es auf Dauer gesund sein, an den Grundlagen einer liberalen Demokratie, die allen Ethnien, Religionen und Geschlechtern offensteht, auch nur ansatzweise rütteln zu wollen. Die Erschütterung könnte nachhaltig sein.

Bibliografie

- Chouliaraki, Lilie (2006). *Spectatorship of Suffering*. London: SAGE.
- Deutsch-Türkisches Medienseminar (2016, 14.-15. April). Zwischen journalistischer Freiheit und öffentlicher Verantwortung. Medienethik in der Flüchtlingskrise. Deutsche Botschaft Ankara, Izmir.
- Diekmann, Kai/ Ronzheimer, Paul/ Kausch, Kiki (2015, 11. Oktober). Würden Sie Flüchtlinge bei sich aufnehmen, Frau Merkel? BILD.
- Esser, Frank /Scheufele, Bertram/ Brosius, Hans-Bernd (2002). *Fremdenfeindlichkeit als Medienthema und Medienwirkung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Haass, Felix/ Kurtenbach, Sabine/ Strasheim, Julia (2016). *Flucht vor dem Frieden, Emigration aus Nachkriegsgesellschaften*. GIGA Focus/Global Nr. 2.
- Hafez, Kai (2013). *Freiheit, Gleichheit und Intoleranz. Der Islam in der liberalen Gesellschaft Deutschlands und Europas*. Bielefeld: Transcript.
- Hafez, Kai (2015, 20.-22. April). *Visual Framing of Refugees in the Media* (Vortrag), Konferenz „Talking, Learning, Living and Working Together – Europe and the Mediterranean“, Maecenata-Stiftung, Villa Vigoni, Como, Italy.
- Hafez, Kai/ Schmidt, Sabrina (2015). *Die Wahrnehmung des Islams in Deutschland*. Religionsmonitor – verstehen was verbindet, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Prantl, Heribert (2015, 18. April). *Wie die EU Flüchtlinge tötet*. Süddeutsche Zeitung.
- Robinson, Piers (2002). *The CNN Effect. The Myth of News, Foreign Policy and Intervention*, London/New York: Routledge.
- Ter Wal, Jessica (2002). *Racism and Cultural Diversity in the Mass Media. An Overview of Research and Examples of Good Practice in the EU Member States, 1995-2000*. Wien: European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia.
- Ulrich, Bernd (2016, 17. Januar). *Sexismus: Wer ist der arabische Mann?* Die Zeit.

Kai Hafez, Prof. Dr., ist Professor für internationale und vergleichende Kommunikationswissenschaft an der Universität Erfurt. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Orient-Institut in Hamburg und Gastprofessor/-forscher in Oxford, Bern und Kairo.
Email: kai.hafez@uni-erfurt.de